

USA: Milieu wichtiger als Schulwahl

Von **Walter Niederberger, San Francisco**

Die Wahl der richtigen Schule ist für die meisten Eltern in den USA eine echte Qual. In den Innenstädten sind die Grundschulen von dürftigem Niveau, aber auch in den Vorstädten und selbst auf dem Land sorgen sich die Eltern um die Qualität der Schulen und der Lehrer. Das Dilemma prägt auch den Wahlkampf: Der republikanische Kandidat John McCain ist seit langem für die freie Schulwahl und unterstützt das Konzept der Bildungsgutscheine, die einen Zugang zu einer Schule nach Wahl erlauben sollen. Barack Obama tut sich hingegen äusserst schwer mit der Frage. Er schwankt zwischen einem Ja zur freien Schulwahl und einem Nein zu den Bildungsgutscheinen. Seine beiden Töchter schickte er auf Privatschulen, was ihm von Seiten der Republikaner prompt den Vorwurf der Heuchelei eintrug.

Schulen in den Städten verbessern

Die Idee der freien Schulwahl ist in den USA nicht zu trennen vom Versuch, Kinder aus ärmeren Schichten und schwierigen sozialen Verhältnissen eine ausreichende Bildung zu ermöglichen. In den Innenstädten verlassen bis zu 60 Prozent der Kinder die Grundschule ohne genügende Lese-, Schreibe- und Rechenkenntnisse. Und da schwarze Jugendliche in dieser Gruppe übervertreten sind, hat die Diskussion über die freie Schulwahl in den USA immer einen sozialen und oft belehrenden Unterton. Die republikanische Partei unter Ronald Reagan übernahm das vom Ökonomen Milton Friedman skizzierte Modell des Bildungsgutscheins und

setzte es ab den 80er-Jahren in bestimmten Einzelstaaten um; gegen den Widerstand der Lehrgewerkschaften, aber gebilligt von gewissen demokratischen Politikern, die sich davon einen Ausweg aus einer verfahrenen Situation erhofften.

Milwaukee im Bundesstaat Wisconsin war die erste Stadt, die ab 1990 die Bildungsgutscheine auf breiter Front einführte. Inzwischen beziehen rund 15 000 Schüler respektive ihre Eltern solche Gutscheine, und die Stadt legt dafür über 100 Millionen Dollar aus. Rund ein Viertel der Schüler kann auf diese Weise ausserhalb des traditionellen öffentlichen Schulsystems gefördert werden. Cleveland im Bundesstaat Ohio lancierte das Förderprogramm im Jahr 1995 und setzte es selbst gegen eine Klage vor Bundesgericht durch. Die Kläger machten geltend, die Bildungsgutscheine verletzen den Verfassungsgrundsatz der Trennung von Kirche und Staat, weil überwiegend katholische Schulen die benachteiligten Kinder aufnehmen. Andere Projekte unterlagen vor Gericht; so etwa in Kalifornien, Utah oder Florida. Und obwohl konservative Familienstiftungen mehrere Hundert Millionen Dollar eingeschossen haben, konnten sich die Bildungsgutscheine bisher nicht durchsetzen.

Mehr Zuspruch finden dafür die so genannten Charter Schools, Schulen also, die von den Eltern mitfinanziert werden und mit denen sie einen Leistungsauftrag abschliessen. In Wisconsin etwa sind rund zehn Prozent der 2200 Schulen bereits «Vertragsschulen»; dazu kommen etwa 1000 Privatschulen, die indessen deutlich kleiner sind als öffentliche Schulen.

Die entscheidende Frage, ob Gutscheine und private Schulen Kindern in vergleichbaren Umständen eine bessere Ausbildung ermöglichen, kann nach über 20-jäh-

riger Erfahrung in den USA nicht schlüssig beantwortet werden. Viele Studien sind politisch gefärbt, je nach Auftraggeber. Seit Februar dieses Jahres liegt indessen eine erste bundesstaatlich finanzierte Studie vor, die einen Quervergleich zieht zwischen den Leistungen von Kindern in öffentlichen und privaten Schulen in Milwaukee. Es zeigt sich, dass statistisch gesehen weder die Viert- noch die Achtklässler in der Privatschule besser abschnitten als jene in der öffentlichen Schule. Die Noten schwankten in beiden Fällen im untersten Drittel; das gilt als normal für Quartiere mit einem hohen Armenanteil.

Eltern machten nicht mit

Ähnlich ernüchternd waren die Resultate einer Studie in Cleveland. Dort gelang es den Förderprogrammen auch nicht, die Eltern stärker in die Ausbildung einzubeziehen. Der entscheidende Faktor für die Schulleistung ist und bleibt das Einkommen der Familie sowie der soziale, ökonomische Rahmen, in dem ein Kind aufwächst.

Die Regierung Bush versuchte mit ihrem Gesetz «No Child Left Behind» diese soziale Kluft einzuebnen. Die Erziehungsministerin Margaret Spellings befindet sich derzeit auf einer nationalen Werbetournee für das Gesetz, das auch den Wettbewerb zwischen den Schulen fördern will. Sie räumte aber kürzlich ein, dass sie nach einer Machtübernahme der Demokraten das Programm wahrscheinlich nicht weiterführen werde. Diese Ungewissheit und die gemischten Erfahrungen mit Bildungsgutscheinen haben die Selbsthilfe gedeihen lassen. Mehr als 1,1 Millionen Kinder werden bereits zu Hause erzogen, von ihren Eltern und ganz ohne offizielles Schulsystem.